

Correspondent.

Bezugspreis: vierteljährlich 6. Wöchentlich 2. d. Ausgabestellen 1.000, monatlich 85 Pf., d. d. Post 1.20 Pf., bei Postämtern 1.40 Pf., monatlich 40 Pf., d. d. Post 45 Pf., nach Ausland mit Postzuschlag. — 2 Pf. Monatlich erlösende Beilage, 8 mal wöchentlich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Feiertagen, in den Ausgabestellen der Reichs- und Landespost. — Rücksende anderer Correspondentenblätter nur mit zeitlicher Erlaubnisgabe gestattet. — Für Rücksende von längeren Einforderungen keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
4seit. illustr. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seit. landwirtsch. u. handelsbel. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Beilage oder deren Raum f. Such- u. Kreisverbreitung 10 Pf., nachherige 15 Pf. Restliche Anzeigen 20 Pf. Restlosende 25 Pf. Bei vollständigem Satz entsprechende Staffeln. Gebühr für Ortsbeilagen nach Uebereinkunft. Für Nachstellungen und Osterferienbeilage besondere Berechnung, nach Uebereinkunft. Zeitungskosten, Porto, u. d. d. Post. — Kastenbeilagen in anderer Anordnung für geschäftliche Anzeigen bis 10 Pf. pro Zeile wöchentlich, für Anzeigen von 12 bis 14 Zeilen 15 Pf.

№. 59.

Donnerstag den 11. März 1909.

35. Jahrg.

Die neuen Beschlüsse der verstärkten Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses

werden, nach dem Ergebnis der Plenarverhandlungen am Dienstag zu schließen, die gelegliche Sanktion erhalten. Es sollen bekanntlich unter Wegfall der geplanten Differenzierung der unverteilterten Beamten sämtliche Beamten eine Erhöhung des Zuschusses um 33 1/2 % erhalten, alle deflazierten Orte in der bisherigen Diszasse verbleiben und die in der Regierungsvorlage herausgehobenen Verhältnisse auch diese Erhöhung behalten. Diese Regelung gilt aber nur provisorisch bis zum 1. April 1911.

Die dieser Regelung vorangegangenen Schwankungen in den Beschlüssen der Kommission kennzeichnen, so schreibt man uns aus Abgeordnetenkreisen, die Schwierigkeiten einer billigen und gerechten Lösung der Frage. Zunächst war der Versuch der Herbeiführung einer Durchsicht notwendigen Gleichmäßigkeit mit dem Reich zuerst nicht ausführbar, während für Preußen die sofortige Verabschiedung des Gesetzes dringlich ist. Dann ist nach der auf Grund der Prüfung der vorliegenden Materialien gewonnenen Überzeugung der Kommission eine endgültige Regelung unter Zugrundelegung des festgelegten Zimmermietenpreises nicht ohne Verletzung der Interessen vieler Ortschaften gangbar. Die Auswahl der hiernach für ein Provinzium zu berücksichtigenden Orte hat bei den mannigfaltigen und zum Teil kollidierenden Wünschen besondere Schwierigkeit, indem die berechtigten Hoffnungen von 477 kleinen, in der Vorlage herausgehobenen Orten nicht getätigt, die zum allergrößten Teil zu Unrecht erfolgte Deflationierung von Orten rückgängig gemacht und dazu die vielen Wünsche garniert werden sollten. In enger Verbindung damit steht die Festsetzung des Tarifs, bei der eine wesentliche Überschreitung der ausgelegten, nicht geringen Summe von 25 Millionen nicht eintreten durfte. Dazu gestellte sich der Vorschlag der andauerigen Behandlung der Jungstellen, bei der bei der Beratung eine entscheidende und nachhaltige Befähigung seitens der Freistatigen, bei den anderen Parteien aber eine recht geleitete Verteilung erfuhr.

Wenn man von anderen Bedenken, wie z. B. der Herabsetzung der Spannung zwischen den mittleren und den unteren Beamten im Tarif und zwischen den kleineren und größeren Orten bei der Diszasseneinteilung, absteht, so ergeben die angezeigten Schwierigkeiten schon die Notwendigkeit eines Kompromisses, ohne den durch zufällige Majoritäten willkürliche und vielleicht nicht gerechte Beschlüsse hätten herbeigeführt werden können. Wie gewöhnlich wird der Kompromissvorschlag nicht allseitig befriedigen. Insbesondere hat die Erhöhung des Tarifs um nur 33 1/2 % auch für die höheren und die mittleren Beamten sehr große Bedenken, nachdem die Regierung eine Erhöhung um 50 % in Vorschlag gebracht hatte. Die bei weitem größere Zahl dieser Beamten befinden sich in Orten, auf die die Diszasseneinteilung keinen Einfluss ausübte. Auf deren Kosten erfolgt nunmehr die Rehabilitierung oder Heraushebung bei der Diszasseneinteilung, obwohl gerade die Mehrzahl der höheren Beamten und ein Teil der mittleren Beamten bei der Befolgsordnung garnicht berücksichtigt und auf die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses verzichtet werden sind. Mit Rücksicht auf einige Vertreter des Kompromisses und behufs einer baldigen Wiederherstellung der Gleichmäßigkeit mit den Reichsbeamten ist das Provinzium auf nur zwei Jahre in Aussicht genommen, wobei bestimmt darauf zu rechnen ist, daß eine anderweitige Regelung im Reich besonders im Tarif eine Änderung auch in Preußen zur Folge haben wird, möglicherweise sogar noch vor Ablauf des Provinziums, selbst wenn damit ein erneuertes Kostenaufwand vermehrt sein sollte. Jedenfalls muß es erwünscht sein, daß jetzt der Kampf der Interessen beendet wird und eine Verhütung innerhalb der Be-

amtenchaft eintritt, die zugunsten einer sofortigen Lösung auf relativ kurze Zeit einige Wünsche zurückstellen mag.

Zum Fall Tremel.

Pfarrer Tremel in Volsbach ist wegen seines Verhaltens gegenüber der geistlichen Obrigkeit vom Amte suspendiert worden. Er hat vom erzbischöflichen Ordinariat in Bamberg folgendes Schreiben erhalten:

Nachdem Sie unserer Aufforderung vom 25. v. M. laut Ihrer Erklärung vom 2. März nicht nachkommen wollen und gleichzeitig Verzicht zum Hochwürdigsten Ordinariat Würzburg und auf Grund der §§ 52 und 55 der 2. Verfassungsbeilage Anrufung des landesfürstlichen Schutzes angefordert haben, sind Sie ipso facto der suspensio a divinis verfallen. Wir sehen uns darum zu unserem tiefen Bedauern (!) in die Notwendigkeit versetzt, für die Pfarrei Volsbach einen Bischof vorläufig quoad spiritualia auf Ihre Kosten aufzustellen und zwar in der Person des Verwehrens Herrn Hermann Mann, der am Samstag in Volsbach eintreffen wird. Sie haben demselben freie Verpflegung nebst in der Erzdiözese oberwähntem Bistum und ein Wochenhonorar von 7 Mark Pflichtmesse und ein Stipendium von 1,80 Mark zu gewähren. (gez.) Wagner, Dr. Lehner.

Die Seele des ganzen Treibens gegen Pfarrer Tremel soll nach dem „Frankfurter Kurier“ der päpstliche Nuntius Frühwirth in München und der Domkapitular Dr. Köber in Bamberg sein. Der letztere verteidigte als staatlich angestellter Religionslehrer am Gymnasium in Bamberg in den achtziger und neunziger Jahren allen Erstes die mittelalterliche Anwendung von Gewaltmaßregeln gegen Keger.

Bekanntlich bedauert Pfarrer Tremel den landesfürstlichen Schutz anrufen. Auf eine Beschwerde an den Prinzregenten ist aber, wie die „Augsburger Postzeitung“ behauptet, die Strafe der ohne weiteres eintretenden Exkommunikation gesetzt. Hierzu bemerkt der „Frankfurter Kurier“: „Eine unerhörte Verhöhnung der bayerischen Staatsverfassung, als sie hier das Zentrumorgan begehrt, läßt sich nicht denken! Die mehrfach zitierten Paragraphen der 2. Verfassungsbeilage gewährleisten ausdrücklich jedem bayerischen Staatsbürger das Recht, gegen Mißbrauch und Übergriff der geistlichen Gewalt den landesfürstlichen Schutz anrufen. ... Leistet nicht auch der katholische Geistliche den Eid auf die Verfassung? Soll jeder Wind von Rom, jeder Wunsch eines römischen Nuntius hinreichend sein, um die auch von Geistlichen beschworene bayerische Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen? Ist diese Ausföhrung der „Augsb. Postz.“ nicht ein neuer Beweis dafür, daß Ultramontanismus und moderner Verfassungsstaat einfach unvereinbar, daß der Ultramontanismus tatsächlich eine latente Gefahr für den Staat ist, die beständig vorhanden ist, vielfach beschönigt wird, aber in so überraschenden Fällen wie dem gegenwärtigen mit erschreckender Deutlichkeit zutage tritt?“

Zu den Balkanfragen.

In einem offiziellen Berliner Telegramm vom Montag wird die Lage als „immer noch kritisch“ bezeichnet. Sie wird es auch bleiben, bis die Serben zur Vernunft gekommen sind. Man hat sich in Belgrad noch nicht dazu verstehen wollen, klar und ungewandigt die von Österreich-Ungarn geforderten Erklärungen abzugeben. Es verlautet, Ausland habe die serbische Regierung um erläuternde Aufklärungen über einige Stellen der serbischen Antwort ersucht. Die Veröffentlichung der Antwort werde erfolgen, sobald aus Petersburg die zweite und endgültige Zustimmung hierzu eingetroffen sei. Die Mitteilung, daß die österreichisch-ungarische Regierung beschlossen habe, den Handelsvertrag mit

Serbien nicht den Parlamenten zu unterbreiten, wird in der serbischen Handelswelt einen unangeneimen Eindruck hervor, weil hierdurch der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit der benachbarten Monarchie neue große Hindernisse in den Weg gelegt werden. Was tut man aber serbischerseits, um „normale Handelsbeziehungen“ mit Österreich-Ungarn herzustellen? So gut wie nichts, und die serbische Handelswelt mag sich bei ihrer Regierung bedanken, wenn es mit der handelspolitischen Annäherung nicht vom Ziel kommen will.

Der serbische Minister des Auswärtigen, Milanowitsch, erklärte am Montag in einer Unterredung mit dem Belgrader Vertreter der „Zeff. Ztg.“, der Frieden sei zuerst keinesfalls bedroht. Was die serbische Antwort anbetreff, so habe die serbische Regierung die russischen Vorstellungen entgegenkommend aufgenommen und sich verbürgt, die Aktion der Mächte in keiner Weise zu hindern, sowie jeden Anlaß zu Konflikten sorgsam vermeiden zu wollen. Die Bereitwilligkeit, sich dem Spruche Europas ohne Vorbehalt fügen zu wollen, sei der serbischen Regierung unjovenerger schwer gefallen, als sie schon zur Zeit der Ausführung der bosnisch-herzegowinischen Frage diese keinesfalls als eine Streitfrage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, sondern als eine eminent europäische Frage aufgefaßt habe. Dennoch habe Serbien auch gegenüber der Nachbarmonarchie ununterbrochen foreverte Beziehungen aufrecht erhalten und wünsche, sie auch in Zukunft dadurch aufrecht zu erhalten, daß sie seine internationalen Pflichten erfülle. An dem Tage, wo die Mächte entscheiden, daß sie die bosnisch-herzegowinische Frage als gelöst betrachten, werde auch Serbien diese Frage als diplomatisch abgeschlossen und diese Entscheidung als eine neue internationale Grundlage betrachten, welche die Bestimmungen des Berliner Vertrags ergänzt.

Mit der Durchfuhr von Waffen und Munition für Serbien durch die Türkei scheint es tatsächlich aus zu sein. Nach der „Köln. Ztg.“ erklärte der Großwesir dem serbischen Gesandten, daß die Türkei durch die Erlaubnis der Waffenfuhr bisher großes Entgegenkommen gezeigt habe, zukünftig darin aber nicht fortfahren könne. Es wird angenommen, daß die neue Durchfuhr nur noch ausnahmsweise gestattet ist. Der serbische Gesandte bedauerte den türkischen Beschluß, der in Serbien sehr bitter empfunden wird. Die bedeutendere türkische Presse lobt den Großwesir, daß er die wichtigen Beziehungen zu der Großmacht Österreich-Ungarn höher geschätzt habe, als eine Augenblicksgenugung für den kleinen Nachbar Serbien. In ähnlichen Kreisen wird erklärt, daß der Ministerrat vom Montag keine endgültige Entscheidung wegen der serbischen Kriegsmaterialtransporte getroffen habe. Man glaubt aber, daß die Erlaubnis nicht erteilt werden wird, wenn nicht Serbien befriedigende Aufschlüsse über den Zweck der großen Käufe von Kriegsmaterial gibt.

In der türkischen Deputiertenkammer gab die Beginn der Montagssitzung der Präsident des vorherigen Ministerrats und Abgeordneten für Konstantinopel und verlas ein Schreiben der deutschen Botschaft, in dem diese der Kammer zu dem schweren Verlust ihre Teilnahme ausdrückt. Sodann teilte der Präsident den Eingang des österreichisch-ungarischen Protokolls und des Notizenberichts mit. Es wurde beschlossen, beide Dokumente der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu überweisen und die Debatte darüber solange zu vertagen, bis der Bericht der Kommission eingelaufen sei. Das Haus setzte die Debatte über die Postreformen fort und überwie die Anzahl von Anträgen den Kommissionen, darunter einen Antrag, die Einkünfte aus den Zerkalegraden dem Postministerium zu überweisen, ein anderen, die Zumeinzel für den Hafenvorkehr abzufragen.

Politisch. Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Gegen den Prager Tagescorrespondent scheint man jetzt doch etwas schärfer

Hierdurch beehre ich mich, den Eingang sämtlicher Neuheiten in hervorragend schönen

Damen-Kleiderstoffen

für Frühjahr und Sommer, sowie

Damen- u. Kinderkonfektion

in überaus reicher Auswahl ergebenst anzuzeigen.

Geschäftshaus Otto Dobkowitz

58 Telephon 58.

Merseburg.

11. Entenplan 11.

Das feinste und herrlichste Familien-Verkehrs-Café ist das Gastlokal

Reichskrone.

1. Großstadt-Büchse. Täglich Speisegerichte. Gutausgestattete Bier- und Weine. Fachmännische Bewirtung.



Der Deutsche Privatbeamten-Berein
(Zweigverein Merseburg)

Bittet alle Privatbeamten, sich unserem Zweigverein anzuschließen.
Versammlungslokal „Schultheiß“.
Versammlungszeit jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand



Sanitätskolonne
der freiwilligen Feuerwehr
Freitag den 12. März abends 8 1/2 Uhr
Uebung
in der Turnhalle.
Das Kommando.

Eisenbahn-Berein.

Samstags den 13. März 8 1/2 Uhr abends
General-Versammlung.
Der Vorstand.

Dom-Frauenhilfe.

Mitglieder-Versammlung
Montag den 15. März, nachm. 5 Uhr,
in Wilkes Hotel.
Frau v. d. Neke.

Oberbenna

Samstag den 14. März 1909 ladet zum
Landwehrtball
freundlichst ein
Der Vorstand.

Funkenburg.

Täglich Auftreten des
Instrumental- u.
Gesangs-Ensembles

Toscana.

Zuhaber des Kunsttheaters.
Hochachtung O. Herfurth.

Fr. Idschlörchen.

Freitag früh Schlachtefest.
wogu freundlichst einladet A. Bickler.

In unerreichter Auswahl sind sämtliche Frühjahrs- und Sommerneuheiten in Damen-, Mädchen- und Kinderhüten eingetroffen. Preise bekannt billig. Modernisierungen werden nach neuesten Modellen ausgeführt.

B. Pulvermacher,

kl. Ritterstraße 12.

Concordia

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Gegründet 1853.

Grundkapital: 30 Millionen Mark.

Unverfallbarkeit. ♦ Weltpolice. ♦ Unantastbarkeit.

Nähere Auskunft erteilt kostenlos.

Vertreter: G. Brüggmann, Bräustraße 7, und Kaufmann Carl Herfurth.

Zurückgekehrt!

Dr. med. Rutz, Spezialarzt für Magen- und Darmkrankheiten,

Halle a. S., Anhalterstr. 9 b (Ecke Magdeburgerstr.), 5 Min. vom Bahnhof



Claes- | Pfl.-Fahrräder, Nähmaschinen und Strickmaschinen.

Claes & Fientje, Mühlhausen i. Th.

Gegr. 1869

1000 Arbeiter.

Eduvante Vertreter gesucht.



Künstliche Zähne, Plomben etc.

Umarbeitung schlechttzender Gebisse.

Schmerzloses Zahnziehen. — Mässige Preise.

Willy Muder, Merseburg, Markt 19. Gegenüber dem Ratskeller.

Modes.

Aenderhilfe zum färben und modernisieren erbitte umgehend, da später für pünktliche Lieferung nicht garantiert werden kann.
J. Hagen.

Leibrenten

und

Kapitalien

auf den Lebensfall b d 1838 erricht. Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt in Berlin
Oeffentliche Versicherungsanstalt.
Einkommensverböhung, Alters-versorgung, Kapitalversicherung für Studium, Militärrenten, Aussteuer. — Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung. Vorstrefreier Rentenbezug ohne Lebenszeugnis unter den von der Direktion zu erlassenden Bedingungen. — Strenge Verschwiegenheit. Nähere Auskunft, Tarife und Prospekte kostenfrei bei Frau Ww. M. Witte geb. Fiedler, Merseburg, Burgstr. 11.

Reichskrone.

Heute sowie täglich von 8 Uhr ab
feine Unterhaltungs-Konzerte
vom Elite-Damenorchester
Loreley.
Entrée frei. Jeden Sonntag 3 gr. Konzerte. Entrée frei.

Theater

„Weisse Wand“ Merseburg.

Dienstag u. Sonnabend Bilderwechsel.

Warum in die Ferne schweifen, um zu schauen was unbekannt?
Für wertige Abenng kann man's haben, 3. u. Merseburg in der „Weissen Wand“.

Programm.

1. Aufstoß VII. Drama. Szene aus Wildwest.
2. Die dankbaren Mänschen. Reizendes Märchen.
3. Was Liebe fordert über der Blumen Nacht. Wunderbar fotografiert.
4. Die Akrobaten-Familie. Kunstst.
5. Die Heze von Sevilla. Mit. Monom in 18 Abteilungen.
6. Am Samst. Persönliche Naturaufnahmen.
7. Robert und Betram. Hochfamliche Paffe.
8. Ein starker Tenor. Zum Schrien.
Nur für Abend!
9. Der Frühling in da oder Er ist erwacht.

Noblands Restaurant.

Täglich Konzert
des Damenorchesters „Ezzelfior“.
Anfang abends 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Rohland.

Dauers Restauration.

Heute
Schlachtefest.

Heute
Schlachtefest.
F. Dahn Unteraltersburg 55.

Musik.

Welche Dame oder welcher Herr mit gutem Klavierspiel würde sich an bestem Ensemble beteiligen. Gest. Offerten unter „Musik“ an die Exped. d. Bl.

Ein junger Zapfer

sucht Stellung zum 1. oder 15. April. Offerten unter O D 100 postlagernd Merseburg erbeten.

Junges Mädchen

aus achtbarer Familie, welches schon ge-dient hat, sucht Stellung als Stuben-mädchen. Off. unt. MN a. d. Exped. d. Bl.

Sauberes junges Mädchen

für den Vormittag zum 15. März gesucht
Verf. Nr. 3.

Orientierung Waagen aus

Aufwartung

sofort gesucht
Verf. Nr. 15 11.

A B 100.

Wid. getroffen. Bitte Brief abholen.
Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

— (Der Sieg des Welfen von Dannen- berg in Hoya-Verden) ist ein höchst beachtens- wertes Menetekel für die nationalliberale Partei, deren Einbuße bei der Hauptwahl sich am Montag zu einer vernichtenden Niederlage ausgedehnt hat. Wenn man an Alzey-Wingen denkt, so ist es für die Frei- sinnigen nicht möglich, großen Schmerz über diesen Verlust der Nationalliberalen zu markieren. Die Frei- sinnigen des Streifens dürften, nach den Ziffern zu urteilen, jumeist der Parteiparole gefolgt sein und für den Nationalliberalen Heiligengraben gestimmt haben. Immerhin werden sie sich angesichts Alzey-Wingen nicht allzusehr angegriffen haben, was man ihnen menschlich nicht weiter verargen darf. Die 7000 Plus Stimmen, die v. Dannenberg gegenüber der Hauptwahl erhalten hat, rühren her von den 3900 Sozialdemokraten, von einigen hundert Refereren und zweiellos — von dem Gros der bündlerischen Wähler, die 3400 Stimmen ins Feld zu stellen hatten. Zwar war die bündlerische Parole für Heiligengraben ausgegeben worden, — aus „nationalen Gründen“ — aber wir haben diese Parole von vornherein für nicht sehr ernsthaft gemeint gehalten. Man muß als Bündler zwar das „nationale“ Gefühl haben; aber das Streben der Hahn und Genossen geht in erster Linie dahin, in Hannover den National- liberalismus zu vernichten. Und das wird ihnen über kurz oder lang, auf direktem oder indirektem Wege auch gelingen. Seit Jahr und Tag hat Dr. Hahn sein Wehrmännchen mit den Welfen. Nebenbei bemerkt brauchen die Bündler die welfischen Stimmen in Stade, wenn sie daselbst, wie sie hoffen, in die Stichwahl gelangen sollten. Hoya-Verden zeigt deutlich, wie notwendig es ist, in Hannover den sich abwärtsstehenden Nationalliberalismus durch den entschiedenen Liberalismus zu ersetzen. Das Zentrum hat jetzt das Isonn den Sozialdemokraten innewohnende „Schweineglocke“. In Alzey-Wingen ein neues Mandat, in Hoya-Verden ein neuer Populanz! Der Anti-Blod um zwei Mandate ge- wachsen! Und dies lediglich durch die Schuld von Blod-Parteien! Deutlich zeigt sich hier die Un- gesundheit der gegenwärtigen politischen Zustände.

— (Der Fall Hoffmann.) Bei der Landtags- ersatzwahl in Kaiserlautern hatten die Sozial- demokraten bekanntlich den Volksschullehrer Hoffmann als Kandidaten aufgestellt, und, wie man sich noch erinnern wird, hatten die bayrischen Dele- gierten auf dem Münchener Parteitag der Sozial- demokratie die bestimmte Erwartung ausgesprochen, Hoffmann werde sein Bekamt nach der Wahl weiterführen können. Die bayrische Regierung machte aber einen Strich durch diese Rechnung, und Hoffmann legte noch vor der Wahl sein Amt nieder, angeblich, um sich der sozialdemokratischen Partei besser widmen zu können. Später wurde aber auch dem Abg. Hoffmann das Amt als Fortbildungsschullehrer durch die pfälzische Kreisregierung entzogen, und es erdargene rekonstituiert, erhielt er vom Ministerium nach längerem Zögern einen ablehnenden Be- schluß, der jetzt veröffentlicht wird. Der wesentliche Teil davon lautet:

Wägend war vor allem die Erwägung, daß mit Rücksicht auf den Charakter und die Aufgabe der ge- werblichen Fortbildungsschule Kaiserlautern ein Mann, der sich öffentlich zu den Grundrissen der sozialdemokratischen Partei bekennet und für diese eintritt, als Lehrer an dieser Schule nicht weiter wirken kann. Diese Auffassung, in der der Schwerpunkt der Regierungs- entscheidung liegt, findet die Billigung des königlichen Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Besonders ausschlaggebend ist im vorliegenden Falle die Aufgabe der Schule, nicht nur ein gewisses Maß von Kenntnissen zu ver- mitteln, sondern auch eine religiös-sittliche und eine entsprechende staatsbürgerliche Erziehung der Schüler zu geben. Im Hinblick auf die in Bayern geltende Staatsordnung erscheint aber zur Mitwirkung bei der Erziehungsaufgabe einer solchen öffentlichen Schule ein Lehrer nicht geeignet, der offen im Sinne einer politischen Partei wirkt, welche die Grundrassen der verfassungsmäßig festgelegten Staats- und Ge- sellschaftsordnung negiert. Solche parteipolitische Bestrebungen stehen zu der Aufgabe der gewerblichen Fortbildungsschulen, die in staatsbürgerlicher Hinsicht gerade auf die Pflege der monarchischen Stimmung und der Achtung vor der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist, im Gegen- satz. Frohlockend bemerkt der „Bavaria“ zu diesem Be- schluß: Wir können nicht umhin, hinzuzufügen, daß die auf dem Münchener Parteitag verkündete Legende von der verfassungsmäßigen Gleichbe-

rechtigung der Sozialdemokratie in Bayern endgültig zerfällt ist, auch für die, die vom ersten Fall Hoffmann, der angebotenen Maß- regelung des Volksschullehrers, der durch den frei- willigen Rücktritt vorgebeugt wurde, nichts erfahren haben. Die Position jener bayrischen Genossen, die die Bewilligung des Budgets mit der angeblich staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemo- kraten in Bayern rechtfertigen wollten, ist jetzt ganz unhaltbar geworden.

— (Der Kampf der Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“.) Wegen Verdröhung wurde der Genosse Göbde von der Strafammer zu Halle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Göbde hatte während des Wälerstreiks in Holzweilig bei Vitterfeld „reichstreu“ Händgehilfen mit Steinen geworfen. — Wegen unachtsamer Verdrö- bruch wurde der Genosse Flach von dem Olden- burger Schwurgericht zu neun Monaten Ge- fängnis verurteilt. Flach hat in Delmenhorst bei dem Streik der dortigen Bauarbeiter Arbeits- willige tötlich angegriffen.

Parlamentarisches.

— **Reichstags Reichstag.** (Sitzung vom 9. März.) Der Reichstag beriet am Dienstag das Weingesez. Trotz des Beschlusses der Kommission, neue Vntäge nicht einzubringen, um die Verabschiedung des Gesetzes nicht zu verzögern, waren eine Reihe Abänderungsanträge ein- gebracht, so daß sich die Diskussion recht ausdehnte. Sie erstreckte sich besonders auf den § 6 der Vorlage, der nach den Bestimmungen der Kommission bestimmt, daß ein mit ausländischem Wein vermishter deutscher Wein nicht mehr den deutschen Namen führen dürfe. Diese Vorschrift erklärten die verbündeten Regierungen, für die die Staats- sekretäre von Weichmann-Pollack und von Schön- spröden, für unannehmbar, weil sie den bestehenden Handelsverträgen, besonders dem italienischen, widerspreche. Infolge dieser Erklärung sah sich Abgeordneter Hoffmann (Frp. Wrt.) veranlaßt, sich gegen den Para- graphen auszusprechen. Eine größere Zahl von Rednern vom Zentrum und von den Nationalliberalen traten jedoch gleichwohl für die Beibehaltung der Bestimmung ein, da eine ausländische Vorschrift für den Handelsverträgen ihr nicht entgegenstehe. Ein Antrag Hoffmann, die Frist für die Zudeutung statt bis zum 31. Dezember bis zum 31. Januar zu erstrecken, wurde vom Staatssekretär von Weichmann unterzigt, fand jedoch nicht die Zustimmung der Nationalliberalen und der Rechten. Die Beratung konnte nach nicht zu Ende geführt werden. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, den Mittwoch für die Budgetkommissionen freizulassen und am Donnerstag die Beratung fortzusetzen.

— **Abgeordnetenhaus.** (Sitzung vom 8. März.) Im Abgeordnetenhaus wurden am Dienstag die Be- schlüsse der Kommission über das Gesetz, betreffend den Wohnungsgeldzuschuß und das Mantelgesetz zu den Wohnungsvorlagen nach kurzer Debatte angenommen. Für die freisinnige Volkspartei erklärte Abg. Gysling, daß seine Fraktion den Kommissions- beschlüssen zustimmen würde, wenn sie auch in einzelnen schwerer Bedenken habe, weil es sich nur um ein Provisorium handle und die Regierung erklärt habe, daß sie weiteres Entgegenkommen jurezt nicht setzen könne. Das Haus begann dann auch noch die Beratung des Gesetzes über die Verteilung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten. Die Kommissionsbeschlüsse wollen die Be- amten bis zu einem Prozentsatz von 125 Prozent heranziehen und die Geistlichen, Lehrer und Kirchenglieder eben- so behandeln wie die unmittelbaren Staatsbeamten. Die beiden freisinnigen Parteien beantragten die vollständige Verteilung des Steuerprivilegs der Beamten. Die Kon- servativen wollten den Geistlichen ihr bisheriges Privileg erhalten. Ein Antrag des Zentrums bezogerte, das Steuerprivileg der Geistlichen, Lehrer und Kirchenglieder voll wieder herzustellen. Die Beratung wurde noch nicht zu Ende geführt. Der konservative Antrag auf Verteilung des Steuerprivilegs der Geistlichen wurde aber in der Dienstagsitzung bereits angenommen.

— Die Budgetkommission des Reichstags verhandelt bei der weiteren Beratung des Militärkassens die der Frage der Militärarmistikapellen weiter. Auf Antrag der Reichspartei wurde eine Resolution ge- faßt, die die verbündeten Regierungen um Erväugungen ersucht, inwieweit die Zahl der Kavallerie eingeschränkt werden kann. Beim Ziel Erväugungsbeschlüsse wurde die Zahl der Reiter und Gemeinen der folgenden Artillerie und des Trains, die ein drittes Jahr freiwillig dienen wollen, von 3000 auf 3000 herabgesetzt und dementsprechend der hierfür eingesezte Betrag von 18000 Ml. auf 10800 Ml. abgemindert. Beim Ziel Fälschged wurde eine um freisinniger Seite eingetragene Resolution angenommen, die die Regierung um Erväugungen über eine andere Verwendung und Verteilung der Gelder ersucht. Beim Kapitulationshandgeld wurde ein zehnprozentiger Abstrich in Höhe von 70000 Mark gemacht. Nach bei anderen Teilen, Schwinnmengen, Schwinnmengen, wurde eine entsprechende Resolution gemacht. Beim Ziel Gefährd und Schiebung wurde demangel ein Zentrumsmitglied die Höbeher Mandat ver- und Reisetkosten. Es sind annähernd 2 Millionen da- für angelegt; sie verteilen sich auf 17 Armeekorps. Ein Vertreter der Linken wendete sich gegen die Schiebungsbudgetungen vor und während der Ernte und regt fast dessen die Schaffung neuer Truppen- lümpfe an. Als ein Zentrumsantrag auf Umänderung der Position für den Erlass von Kurtschaden ab- gelehnt wird, erklärte der betreffende Abgeordnete des

Zentrums, da fast alle seine Militärtraktate abgeteilt wären, würde er in der Kommission keine weiteren Vntäge mehr stellen und behalte sich alles weitere für das Plenum vor. Von sozialdemokratischer Seite wird verlangt, daß bei den Kontrollversammlungen der Mann- schaften der Reserve die Militärgerichtsbarkeit nur für die Zeitdauer der Versammlung Geltung haben soll. Von freisinniger Seite wird Beschwerde über die hohen Strafen bei Veräumdungen der Kontrolle Ver- sammlung erhoben. Die Kommission unterbreitete in einer Resolution dem Reichstagen den Wunsch, daß bei solchen Veräumdungen an Stelle der Haftstrafe auf Geldstrafe erkannt werden kann. Auf Anfrage aus der Kommission befüllte General v. Logau, daß Besuche mit Güterzeug der Pferde mit Kartoffeln gemacht werden; die Besuche sind noch nicht abgelehnt. Aus dem Zentrum und von den Nationalliberalen wurde der Militärerwartung die Anregung gegeben, den Vntag aus Mannheimer In- dustriellen wegen Verbesserung der Mühleneinrichtungen nachzuprüfen. Dabei soll sich eine Gesamtsumme von 1 bis 2 Millionen ergeben.

— Die Veräumdungen der Militärbeiträge, die nach der Reichsausbaustat für 1909 zur Deckung der Gesamtausgaben des ordentlichen Etats aufzubringen sind, ist jetzt erschienen. Danach eröfnet sich die Militär- beiträge gegen den Vntag um 80,88 Millionen, von denen Preußen allein 49,96 Millionen zu tragen hat. Es sei darauf hingewiesen, daß der Reichsetat für 1909 natürlich ohne Berücksichtigung der sogenannten Reichsanlagenreform aufgestellt ist.

— Eine höhere Besteuerung der Konsum- vereine und außerdem andere Bestatungen gegen Vereine verlangen sozialistische Parteien, von Zimmern und landwirtschaftlichen Korporationen. Die Petitionskommission des Reichstags empfahl, die Eingaben den Reichstagen als Material zu überweisen. — Der fünfte Nachtrag zum Haushaltsetat für 1908 ist von den verbündeten Regierungen zu- gesagt worden, da infolge veränderter Verhältnisse Veräumdungen für die Wäbung des ostantischen Detachements durch ein Marinebataillon im Rechnungsjahr 1908 nicht mehr erforderlich sind, so daß der Nachtrags- etat überflüssig geworden ist. — Die Sekundärbauplanlage wird dem Ab- geordnetenhaus, wie verlaunt, noch in diesem Monat zugehen.

Provinz und Umgegend.

— Halle, 10. März. Das neue Amtsgerichts- gebäude in der Kl. Steinstraße wird in der Zeit vom 15. bis 17. März von den Strafteilungen des Amtsgerichts und der Amtskanzlei bezogen. — Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr geriet der Bremser Fid auf dem alten Thüringer Bahnhof beim Rangieren zwischen die Räder zweier Güterwagen. Dem Mann wurde der Brustkorb eingedrückt, so daß er auf der Stelle tot war.

— Eilenburg, 10. März. Das 3jährige Kind des Arbeiters Hübke, das sich während der Abwesenheit der Mutter schwer verbrannt, ist den erhaltenden Brandverletzungen erlegen. — Bei der Abitur- entprüfung am hiesigen Realgymnasium er- zielten sämtliche 9 Prüflinge ein Besteszeugnis. — Zur Aufnahmeprüfung an der hiesigen Pädago- gischenanstalt hatten sich 40 Schüler gemeldet, davon bestanden 34.

— Verga a. d. Oker, 10. März. Die bei dem Güterbesitzer Wagner im benachbarten Kleinendorf bediente 17jährige Magd Schnopf aus Hohen- leuten sollte aus einer auf dem Felde stehenden Erd- miete Kanne heranziehen. Dabei brach die Miete zusammen und das Mädchen wurde verdrückt. Es konnte nur als Leiche geborgen werden.

— Nordhausen, 10. März. Am hiesigen Real- gymnasium haben sechs junge Magdeburgerinnen das Abiturientenexamen bestanden.

— Heiligenstadt, 9. März. Am Sonntag nach- mittag ereignete sich auf der Rodelbahn am Holzwege ein schwerer Unfall. Zwei Köcher eines hiesigen Mühlenselchers, 18 und 20 Jahre alt, haben mit einem Rodelschlitten die abschüssige Chaussee hinunter und direkt gegen die Pferde eines heranzuhenden Reuflüchtens aus Kalienere. Die Mädchen gerieten unter die Pferde und trugen schwere Verletzungen davon. Einem der Mädchen wurde der Brustkorb eingedrückt. — Die mündliche Entlassungsprüfung des ersten außerordentlichen Präparanden Nebenkursus (ingenieur, „Dynamenkuris“) wurde hier am 5. und 6. d. Mts. unter dem Vorsitz des Provinzialchulants Schwarz aus Magdeburg abgehalten. In dieser be- reitigten sich 36 Prüflinge, wovon 30 die Seminarer- zeugnisse erlangten. — Um die Uebererschwenmungs- gefahr für unsere Stadt herabzumindern, wird jetzt auf polizeiliche Anordnung das Flußbett der Jogen, welche Geiselde verbreitert und vertieft.

— Vom Gischfelde, 10. März. In Wächstedt wurde die 81jährige Franziska Wächter nach letzten Anhe bestattet. Die Verstorbene hat volle 67 Jahre bei einer und derselben Familie in Diensten ge- standen.

† Weissenfels, 10. März. Der hiesige Konsumverein muß viele seiner Mitglieder verloren haben. Denn in dem Jahresbericht der Generalversammlung wurde festgestellt, daß der Barertrag gegen den gleichen Zeitraum im Vorjahre um 47 793 M. zurückgegangen ist. Trotzdem wird eine Dividende von 5 Prozent in Aussicht gestellt, da es angeht gelungen ist, Geldmittel zu mäßigen Zinssätzen zu erhalten. Die Dividenden in den vergangenen Jahren, mit Ausnahme des letzten, die nur 2 Prozent betrug, waren befallmäßig auf Kosten der Kasse künstlich erhöht worden. (W. Tabl.)

† Quedlinburg, 9. März. Bei dem Wettbewerb um die gemalten Fenster der St. Alabert Kirche in Philadelphia (Nordamerika) wurde auf Grund der eingereichten Entwürfe der Kunststift des Hoflieferanten Ferdinand Müller hierüber die Ausführung dieser umfangreichen Arbeiten übertragen. Es handelt sich hierbei um große ornamentale und 17 größere figurale Gruppenfenster.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 11. März 1909.

Frühlingsboten. In der wärmenden Sonne samt nun jetzt die ersten Stare beobachten, die lustig allenthalben jubelieren und mit den Flügeln schlagen. Für winterrüde Menschen dieses Jahr doppelt erfreulich! Die Stare scheinen den strengen und langen Winter vorauszuahnen zu haben, denn soviel man beobachten konnte, ist kein Star über den Winter hier geblieben, was während der Wintermonate der ganzen letzten Jahre der Fall war. Andere Frühlingsboten wurden uns aus unserer Vaterstadt in diesen Tagen eine ganze Anzahl nach unserer Redaktion gebracht. Es waren die unermüdlichen Schmetterlinge, die in den Mittagsstunden an die Frühlingssonne gekommen waren. Fehlt bloß noch der Redaktions-Maisler. . .

Vorsicht bei einer Auskunft über Mieter. Eine bei einem Friedrichshagener Hausbesitzer wohnende Familie mußte ausziehen, weil sie die Miete nicht bezahlte. Um den Leuten beim Mieten einer neuen Wohnung keine Schwierigkeiten zu machen, erklärte der Hausbesitzer dem neuen Vermieter auf dessen Anfrage über die Zahlungsfähigkeit der Leute, dieselben hätten die Miete bezahlt. Als die Betroffenen auch in der neuen Wohnung ihre Miete bezahlten, kamen die unwarner Angaben des früheren Vermieters an den Tag, und dieser mußte, um einer gerichtlichen Klage zu entgehen, die rückständige Miete der Stummen selbst bezahlen.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer. Wichtig für Viehhalter. Auf ein im Umlauf gebrachtes Plakat hin, nach dem die Kadaver von Tieren und das zum menschlichen Gemüße untaugliche Fleisch an die Abdeckerei eingeschickt werden muß, macht die Kammer bekannt, daß die privilegierten Abdeckereien in der Provinz Sachsen nur folgende sind: Dübben, Liebenwerda, Lützen, Zerbst, Döblich (Kreis Schweinitz), Zeitz, Pörsch, Zeitz, Langensalza und Jagna (hier größter Teil abgetrennt), so daß nur in diesen Bezirken die Kadaver an die Abdeckerei abgeliefert werden müssen. Alle übrigen Abdeckereien sind allerdings auf Grund der Gemeindeförderungspflichtig, werden aber als freies Gewerbe betrieben und es ist niemand verpflichtet, den Kadaver diesen Abdeckereien abzuliefern. In diesen anderen Bezirken dürfen eben Kadaver und Fleisch auf die bisherige Art durch Bezirker vernichtet werden. — Warnung vor verfälschten Thomasmehl. Seitens der Kontrollstation wird mitgeteilt, daß unter der Bezeichnung „Thomasmehl“ mit einer Gehaltsgarantie von 14 Proz. Gesamtphosphorsäure eine Ware in den Handel kommt, die aus gemahlener Hopfenstachle und Koffophosphat besteht. Die Ware, in der das Kiloprogent Gesamtphosphorsäure mit 22 Proz. gehandelt wird, ist wertlos. Die von der Kontrollstation untersuchte Ware ist an einen Händler von der Firma Carl Bruns, Wackerfels, ab Station Nienstedt geliefert worden.

Zum Westen der Uferschwemmen las am Dienstagabend in Müllers Hotel Herr Oberlehrer Fischer vom hiesigen Dommagnum eine Dichtung vor und erzielte damit einen respektablen Erfolg. Das den Saal füllende gewählte Publikum zeigte für die meisterhaft vorgetragenen größeren und kleineren Werke des Dichters, der die beschiedenen Gebiete in den Bereich seines geistigen Schaffens gezogen hat, lebhaftes Interesse und spendete wiederholt regen Beifall. Ganz besonders gelungen sind Herrn Fischers die Dichtungen über Friedrich den Großen, von denen er ebenfalls mehrere rezitierte. Hoffentlich trägt dieser gemütsfreie Abend dazu bei, die Werke des Dichters auch in weiteren Kreisen bekannt werden zu lassen und ihre Anschaffung allen denen nahezu legen, die bis jetzt sich noch nicht zu deren Erwerb entschließen konnten. Wir sind überzeugt, daß die Gedichte vielen Lesern innere Freude und reiche Anregung geben werden.

Die Krysallpalast-Sänger aus Leipzig gaben am Dienstagabend im Lwoli vor nahezu vollbesetztem Hause wieder eins ihrer hier so beliebten Konzerte. Der Spielplan war ein vollständig neuer und ließ die bewährten Kräfte dieser Künstlertruppe zur vollen Entfaltung gelangen. Beifall wurde sehr lebhaft spendet, so daß einzelne Darsteller mit wiederholten Zugaben dankten. Mit dem Bewußtsein, wieder einmal einige vergnügte Stunden verlebt zu haben, verließen die Zuhörer gegen 11 Uhr das Lwoli.

In einem Hause der St. Sixtstraße war gestern vormittag ein Schornsteinbrand ausgebrochen, der die Bewohner und Nachbarn nicht wenig ängstigte, da die Flammen intensiv über dem Eisenofen emporstiegen. Glücklicherweise erschien sehr bald der Schornsteinfegermeister mit seinem Gesellen und dämpfte den Brand mit nassem Säcken.

Postartenscheits und Postgederlehre. Zur Aufklärung vielfach im Publikum verbreiteter irriger Anschauungen dürften die nachstehenden Mitteilungen dienen, die uns von sachmännlicher Seite zugehen: Postartenscheits werden für den Postvermittlung- und Scherwörter nicht herausgegeben. Sie sind eine neuere Einrichtung der Posten und mit dem Postgesetzbuch in keiner Weise in Verbindung zu bringen. Ihnen auf die Post hindedeutenden Namen tragen sie nur deshalb, weil sie Postartenform haben und als Postarte — mit 5 Pf. frankiert — zu die Zahlungsempfänger gelangt werden. Der Postkonteninhaber wird sich zu Zahlungen an Dritte, die sein Konto haben, nicht des Postartenscheits bedienen, sondern er wird für diesen Zweck den ihm vom Postamt gelieferten Scheck verwenden. Das Verfahren gestaltet sich folgendermaßen: Der Aussteller, also der Zahlungseinsteller, beauftragt durch Angabe des Betrages und des Zahlungsempfängers nach dessen genauer Adresse sein Postamt, um seinem Guthaben den Betrag zu entnehmen und ihn an den auf dem Scheck genannten zu übermitteln. Da der Scheck also eine Aufforderung an das Postamt ist, an eine bestimmte bezogene Person etwas zu zahlen, so muß der Scheck unbedingte an das Postamt, bei dem das Konto geführt wird, ein- und nicht an den Zahlungsempfänger gelangen. Das Postamt bucht den Betrag vom Guthaben des Auftraggebers ab und weist das Postamt am Wohnort des Empfängers zur Zahlungseinstellung mittels besonderer Formulare — der Zahlungseinstellung — an. Diese Zahlungseinstellung werden von der Postamtverwaltung abgehandelt und Postamtverwaltung, d. h. die darauf bestehenden Beträge werden den Empfängern durch den Geldbriefträger ins Haus gebracht oder können von der Post abgeholt werden. Der Scheck soll, wie schon gesagt, vom Aussteller stets unmittelbar an das Postamt, nicht aber an den Zahlungsempfänger gelangt werden. Ist letzteres aber doch geschehen, dann muß der Zahlungsempfänger den Scheck selbst erst an das Postamt einreichen, damit dieses die Zahlung anweist. Natürlich ist dieses der Kunde; er verzögert die Auszahlung des Betrages fast ausnahmslos immer um mindestens einen Tag. Die Betroffenen sind demnach ganz ungeschicklich hierin. Die Postkonteninhaber können nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß sie einen Scheck nicht an den Zahlungsempfänger schicken sollen, denn diese können ihn nicht etwa der nächsten Postanstalt zur Prüfung und nachherigen Zahlung überreichen, sondern müssen ihn beim Postamt abgeben oder mittels frankierten Briefes dahin einbringen. Um zu wiederholen: 1. Postartenscheits haben mit dem Postgesetzbuch nichts zu tun; es sind Postartenscheits. 2. Ein Postamt, auf dem der Name des Zahlungsempfängers angegeben ist, soll vom Aussteller nicht an diesen, sondern an das Postamt, bei dem das Konto geführt wird, eingekandt werden. 3. Wenn ein solcher Scheck doch an den Zahlungsempfänger gelangt sein sollte, darf dieser ihn keinesfalls etwa als Zahlungsmittel weitergeben, da die Otierung von Postartenscheits unzulässig ist. Der Scheck muß vielmehr binnen 10 Tagen von Ausstellungsdatum ab geltend, an das Postamt zur weiteren Veranlassung eingekandt werden.

Aus dem Merseburger v. benachbarten Kreisen x. Knappendorf, 10. März. Infolge der Winterglätte kam der Detektivtruppe Knappendorf von hier so unglücklich zu Falle, daß er einen komplizierten Räubersbruch erlitt.

Dürenberg, 9. März. Bei der am Sonntag hatigehenden Zwangsversteigerung des formellen Hausgrundstückes 64 der Vorshühnerverein Merseburg das Höchstgebot mit 6500 M. ab, womit dieser seine erste Hypothek deckte. Die darüber befindlichen Hypotheken von 2000 M. und geringeren Beträgen fielen aus.

Jährendorf, 8. März. Ein Familienabend fand gestern wieder nach längerer Pause im Saale des Gastwirts Stempner statt. Herr Kantor Heßler hatte seit mehreren Wochen mit den großen und auch den kleinsten Schülfern sehr ansprechende musikalische und deklamatorische Vorträge eingeübt, denen er selbst noch einige Proben eigener Kunstfertigkeit in Gestalt mehrerer mit Ausbruch und tadelvoller Technik vorgetragener Klavierstücke hinzufügte. Unter diesen war besonders ein Präludium des russischen Komponisten Rachmaninoff bemerkenswert. Die Eröffnungssprache nach einem gemeinsamen Gesänge hielt Herr Pastor Wallen aus Spargau, der auch nachher noch einmal das Wort zu einem sehr interessanten Vortrage über Japan ergriff, dessen Bewohner den Gemeinbeglückern durch persönliche Bekanntschaft mit einer jungen Japanerin im Parkhaus zu Spargau im letzten Sommer schon ein wenig näher getreten waren. Die Schülfern boten in bunter Abwechslung Deklamationen von Gedichten, Gesang mehrstimmiger Lieder und Aufführung einiger kleiner Singspiele, von denen besonders „Der kleine

Soldat“ durch die freilich nicht ganz vorchriftsmäßige Kostümierung der jungen Helden und das plötzliche Erscheinen ihres Kleingewehrten und „Hänel und Gretel“ mit Gefangeninlagen gefielen. Auch ein paar kleine einfache Reigen wurden getanzt oder vielmehr geschritten. Die sehr zahlreich erschienene Zuhörerschaft war denn auch sehr befriedigt und belohnte Fleiß und Mühe durch lebhaften Beifall. Der 16. März übersteigende Extrazug von den Schülfern bei einer Festlichkeit zugute kommen.

Kanahof Cordetha, 9. März. Die Kälte der Märzächte hat hier ein Opfer gefordert. Ein reisender Handwerksburche ist in der Morgenfröhe vor einem Hause erstoren aufgefunden worden. Baviere hatte der Verstorbenen, der ungefähr in dem Alter von 35 Jahren stehen mag, nicht bei sich, so daß man über seine Verion völlig im Unklaren ist. Nur so viel ist konstatirt worden, daß er am gestrigen Vormittag in einem Nachbardorfe bei einem Tabakfabrikanten um Arbeit angeprochen hat, demnach wohl Zigarrenmacher von Beruf ist. Von da ist er mit einem Bierwagen fortgefahren. Wo er sich bis zum Abend aufgehalten hat, ist ungewiß. Wahrscheinlich hat er geglaubt, ins Bett zu gehen. Wenigstens hatte er sich eines Kodes und der Stiefel entledigt. Auch soll das Urteil des Arztes dahin lauten, daß er den Tod nicht bloß der vorhandenen Lungenentzündung verdanke, sondern auch dem reichlich genossenen Alkohol unter Mitwirkung der Kälte. Die Bewohner des Hauses sollen in der Nacht sonderbare Töne vernommen, jedoch geglaubt haben, daß sie von einem Hund herrihrten. Da der Bahnhof vom Ortbezirk Wundelsdorf gehört, wurde die Beiche dortigen Wirtsbefehl.

Döllnitz, 9. März. Am vergangenen Sonntag hielt der hiesige Männer-Gesangsverein „Constantia“ im Gathof zum goldenen Stern sein Wintervergüngen bei einem dicht und vollbesetzten Saale ab. Die einzelnen Lieder wurden sehr gut zu Gehör gebracht. Am Schluß des Konzertes wurde von achtzehn hiesigen jungen Damen erst ein wunderschöner Kostümreigen in Jägerunterrock aufgeführt, worauf ein solener Ball die Gäste und Mitglieder des Vereins noch einige frohe Stunden zusammenhielt.

Süßen, 9. März. Am Sonntag fand die feierliche Überreichung des vom Kaiser der hiesigen priv. Schühengilde aus Anlaß des dreihundertjährigen Bestehens derselben verliehenen Fahnen schmuckes statt. Er besteht aus einer Schleife in den preußischen Farben und einem kostbaren Fahnenmal. Die Feier vollzog sich auf dem Marktplatz in Gegenwart der Vertretung der königlichen und städtischen Behörden. Alle Vereine Süßen hatten mit ihren Fahnen dort Aufstellung genommen. Landrat Graf v. Hauspauville übergab den Fahnen schmuck. Nachdem auch der stellvertretende Bürgermeister Regierungsrat Dr. Freyher von der Goltz beglückwünschende Worte gesprochen hatte, fand ein kommers und der übliche Ball im Schühengilde statt.

Quersdorf, 8. März. Am Sonntag haben in unserer Stadt die Brun-Geschichtsfreier ihren Anfang genommen. Vormittags um 10 Uhr fand für die Katholiken Quersdorf und Umgegend Hochamt mit Predigt und nachmittags um 4 Uhr eine feierliche Anbahn mit Redeum statt. Um 5 Uhr war Familienversammlung im Saale des Gasthofes zum Krüstenhut, wobei über Leben und Wirken unseres heiligen Brun von Quersdorf Vortrag gehalten und Bilder, die das Christliche Wort veranschaulichten, vorgeführt wurden. Im Anschluß daran fand ein gemütsliches Beisammensein statt. Dienstag vormittag 1/12 Uhr soll die von hiesigen Wirgern gestiftete, von Rauchhammer hergestellte Brun Gedächtnisfeier am Rathause entfallen werden. Zu der Gedächtnisfeier am Nachmittage in der Schlosskirche, wofür bekanntlich Herr Generalinspektor D. Jacobi die Festpredigt hält, wird der Herr Oberpräsident Erzengel von Hegel erwartet.

Schleuditz, 7. März. Der letzte Protest. Der Plan einer Unterführung am Bahnhof Schleuditz — eine erst kürzlich von uns eingehend beleuchtete neue Straßenanlage — liegt vom nächsten Montag ab 14 Tage lang im Magistratsbureau zu jedermanns Einsicht aus. Die Schwere der Schädigung als Folge der Sperrung des jegigen Straßen Überganges ist schon vielfach mündlich wie schriftlich der Eigenbahnhöbe vor Augen geführt worden. Wenn alle diese Proteste nichts nützen, so muß trotzdem jetzt nochmals von allen Interessenten gegen die Aufhebung des Planes mit aller Energie Einspruch erhoben werden. Letzterer ist beim Landrat unseres Kreises anzubringen. — Ein gewaltiges Projekt, welches für unsere Stadt Schädigung eine erfreuliche Erweiterung bedeutet, ist in diesen Tagen spruchreif geworden. Der Gemeindeführer-Vorstand der Knappschaffs-Bekanntmachung zu Halle hat die Errichtung einer Umlauf-Lernen-Heilanstalt in hiesiger Gemarkung beschlossen. Das hierzu erforderliche Gelände liegt nach dem Schf. W. oberhalb der Bahn zwischen der Salzstraße und dem Cursdorfer Wirtschaftsweg, es umfaßt rund 50 Morgen und ist der Ankauf des Terrains bereits abgeschlossen. Mit dem Bau der

5000 Mt.

zu 5% auf ein Gut in der Nähe von
Eilen, 110 Morgen groß, hinter 57000 Mt.
gekauft. Nach den 500 Mt. können noch
18000 Mt. Offerten unter **GR 53** an
die Erben, d. H.

Junger Jagdhund,

gute Hoffe, 11 Monate alt, zu verkaufen
Grafhof Böhden

Eine fast neue Benzinpumpe (Siegena
zu 100 Litern), ein fast neues
Butterfaß und eine neue Butter-
mische

Recht zu verkaufen **Gras Ragna Nr. 41.**

Spieldose (Polypfen) mit 30 Platten,
eine Partie Bouzotte und Bogen,
verschiedene Weiten, und eine fast
neue Wagenfelde

billig zu verkaufen. Zu erfragen in der
Erben, d. H.

Eine Partie

frisches Edelthannenreißig

verkauft billig **Müllersdorf**

Ziege

gutmütig, zu kaufen gesucht. Gest. Off.
unter **„Biese“** an die Erben, d. H. erbeten

Kaufe ganze Nachlässe,

getragene Kleidungsstücke, Feder-
betten, Möbel, Wäsche, Schuhe, Stiefel
und dergleichen mehr.

H. Apelt, Delgrube 7.

Buxbaum,

schöne kleine Ware zu kaufen gesucht. Off.
mit Preisangebe erbetet

Franz Moenneke, Friedhofsgärtner
Reichstraße 6, Leipzig, Grimmelstraße 38 d

Schöne mehrfache Speierartoffeln
getrocknet, verkauft

Streu Probsthain, Robanstraße 1.



eben Monatslangem mit 3 Mann
gen aus der beste und billigste
Wiederholer. Die gute, hier
ausgereicht ist, Friedrich Neumann
M. d. B. Drei Geschäftsführer
viereckig beim Buchhändler
und bei der Post nur 2 1/2 Mt., Sabre
gehören die mit nach Bestehen
Rechtigkeit an anderen die
Rechtung und Bildungsführer
aus. Derlangen Sie bitte ein folles
letzte Monatsabonnement
„Die Hilfe“ Berlin-
Schöneberg.

„Die Hilfe“ Berlin-Schöneberg.

Feinsten Blütenhonig

empfeht **Gust. Malpricht.**

Grosse Nachfrage

nach unseren vorzüglichsten und überaus
preiswerten

Abonnenten-Prämien

Schillers Werke

Goethes Werke

hat uns veranlaßt, nochmals eine größere
Sendung kommen zu lassen, so daß wir
diese beliebigen Werke auch fernertun noch
zu dem äußerst günstigen

Vorzugspreise von 3 Mark

abgeben können. Auf Wunsch Zufendung
frei Haus. Antragsformulare liegen aus.
Verlag des „Merseburger Correspondent“.

Konfirmantentleider

vom einfachsten bis zum elegantesten werden
angefertigt **Robanstraße 19** part.

Bezugsquellenregister.

erschient wöchentlich einmal. Neu-
aufnahmen jederzeit.

Dragerie. Kaiser-Dragerie Reinhold Rietze, Kossm. 5
Parfümerien, Verbandstoffe, Phot. Art

Emaillwaren. Hugo Becher, Schmalestr. 2. Sämtliche
Küchen- u. Haushaltsgegenstände.

Galanterie- u. Lederwaren. A. Hammer, Markt 11.
Panelbretter, Leinwandstoffe, Bänder etc.
Geschenke zu allen Gelegenheiten in
grösster Auswahl.

Gold- und Silberwaren. Oswald Rossberg, Goldschmied
Burgstr. 10.

Schmucksachen jeder Art und Preislage,
silberne und Alp. versilberte Gefäße und
Bestecke, Trauringe — Myrtenkränze.

Gummiwaren. Gummiw. Hans Grähnel, Gothardstr. 20
Sämtl. chemiz. Artikel billiger, Gummi-
Absätze, vorz. Qual., echte Pariser nur pa.

Haushalts-Gegenstände. P. Florheim, Burgstr. 12. Haushaltsartikel
in Holz, Korb-, Sella-, Leder-, Salzer-
Stahl-, Bürsten-, Pinsel-, Kammwaren.

Herren-Moden. R. Christ, Inh. Karl Christ,
Entenplan 5.

Anfertigung eleganter Herrenmoden
sowie reichhaltiges Lager fertiger Herren-
und Knaben-Garderobe

Lois Günther, Markt 25. Anfertigung
eleganter Herrenmoden nach Mass Lager
in- und ausländischer Stoffe.

Herren-Konfektion. Oskar Zimmermann,
Markt 13. Telefon 289.

Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeiter- und Berufs-Bekleidung,
Mitglied vom Rabatt-Spar-Verein.

Installation. Justus Oppel, Neumarkt 23. Spez.-Wasser-
vers.-Anlag. mittelst Abessin.- u. Schacht-
brunnen f. Hand- u. Kraftbetr., autom.
Vielschichtbetr., eis. Sang., dopp. u. vierf.
wirk. Druckpump., Jauchepump., Tief-
pumpw. Badeloch-Klosettaal. Bierdr.-App.

Klempneri. Justus Oppel, Neumarkt 23.

Korbwaren. K. Leisinger, a. d. Gabel 8.
Kinderschw., u. Kindersportwag., Klapp-
stühle, Reisekörbe, Reparaturwerkstatt.

Korsett-Spez.-Geschäft n. Mass. Frau A. Schönleifer, Schmalestr. 24. Ges.-
Umst.-Kors n. Mass, Mtab., Schnürf. f. Kör.

Kürschneri. J. G. Knauth & Sohn, Entenplan 2.
Hüte, Mützen, Schlipse, Handschuhe,
Regenschirme, Spazierstöcke, Hosenträger,
Gummigürtel, Filzschuhe, Einlegesohlen.

Kurz-, Weiss- u. Wollwaren. Frau Anna Graf, Neumarkt 42.
Schulartikel, Ansichtskarten, Bijouterien

Kurz-, Woll- u. Spielwaren. Hugo Käther, Schmale-
strasse 21.
Sämtliche Artikel zur Damenschneideri.

Leinenwarenhau. Ernst Looke, Gothardstr. 14.
Leinen- und Aussteuer-Geschäft.

Linoleum. Gummiw.-Haus Grähnel, Gothardstr. 20.
Läufer u. Reste v. 75 Pf. an p. m. Topplische v.
3.25 M. an p. m. 200 cm br. p. qm v. 1.25 M. an

Modes. J. Hagen, kl. Ritter-
str. 15.
Spitzen, Schleier, Bänder, Handschuhe
Modewaren-, Wäschegeschäft. Markt
A. Günther, Markt
Nr. 23.
Bettfedern, fertige Betten, Inletts,
Bettbezüge in Weiss und bunt,
Kleiderstoffe in Wolle und Baumwolle,
Kinderkleidchen usw.

Möbellager. O. Scholz Ww., Gothardstr. 34.
Möbel v. d. einfachsten bis z. d. gedieg.
Tischlerei in Masch.-Betr. — Sarglager

Musikwerke. Hugo Becher, Schmalestr. 2. Violinen,
Zithern, Zug- u. Mundharmonikas, Blech-
u. Blas-Instrumente, Sprechapparate

Papier- u. Galanteriewaren. L. Daumann, Burgstr. 4.
hält sich bei Bedarf in einschlägigen
Artikeln bestens empfohlen.

Putz. W. B. Pulvermacher, kl. Ritterstr. 13.
Einfacher sowie eleganter Putz

Sattlerei. H. Petersohn, Oberbreitstr. 22. Polster-
u. Tapeziererarbeit wird angenommen.

Schirme und Stöcke. A. Hammer, Markt 11.

W. Marie Müller, Burgstr. 6.
Schirme, Stöcke, Handschuhe

Schokolade, Kakao, Tee, Bisquit und Praline kauft man gut und
preisw. in Schokoladengesch. Domstr. 9.
Spezialität: Kaffeeinmischung von Fuesers.

Schuhwaren. Karl Hesselbarth, Oelgrube 19.
Spezialität: Bessere Schuhwaren.
Otto Riedel, Burgstr. 11.
Grosses Lager in Leder- und Filzwaren.
Reparatur prompt.

August Gläser, Neumarkt 41.
Lager fertiger Herren-, Damen- u. Kinder-
stiefel sowie Filzschuhe, Hausschuhe etc.

Spielwaren. Spielwarenhau
W. Köhler, kl. Ritterstrasse 15.
Beste und billigste Bezugs-
quelle für Kurz-,
Galanterie- und Spiel-
waren.

Stahl- und Messerwaren. Carl Baum, kl. Ritterstr. 14.
Haus- und Wirtschafts-Artikel.
Schleiferei und Reparaturwerkstatt.

Tapissiererei- und Kurzwaren. Carl Stürzebecher, Burgstr. 24.
Schlipse, Wäsche, Trikotasen, Hand-
schuhe, Korsetts, Schürzen.

Uhren. Hugo Jahn, Entenplan 1.
Grosses Lager in Uhren, Gold- und
Silberwaren.

Wachstuche. Gummiw.-Haus Grähnel, Gothardstr. 20.
Wachstuche in all. Must. v. 70 Pf. an. Reste
in all. Gr. v. 10 Pf. a., Tischd., v. 90 Pf. an.

Wäsche-Ausstattung. Ernst Looke, Gothardstr. 14.
Leinen- und Aussteuer-Geschäft.

Nur immerwährende Reklame sichert vollen Erfolg!

Bestimmend, nahrhaft, billig sind
Fritz Schanze's
Dörrgemüse, als:
Braunkohl, Birrkohl,
Carotten, Bohnen, Leipziger
Allerlei, Zucchini.
Ein Versuch überzeugt von
der Güte.

Vorzugspreise:
Bratheringe
Allerfeinste „Lubeta“
vorzüglich 1/4 Dof. 8 Kilogramm 2,30 Mt.,
1/2 Dof. 4 Kilogramm 1,30 Mt.,
Delfardinen 1/4 Dof. a 40 Fische 2 Mt.,
ff. Qual., in Sch. 1/4 Dof. 4 Kilogramm 1,75 Mt.
(so schön wie Alal)
Verband prompt gegen Nachnahme.
Leipziger Fischhalle, Leipzig,
34 Reichstraße 34.

2. gr. Reklame-Tag.
Bei Einkauf von 1 Pfund meiner aller-
feinsten
Sahne-Margarine a Pfd. 90 Pf.
ca. 1/2 Pfd. Vanille-Schokolade
gratis als Beigabe.
Otto Gottschalk, Markt 19.

Schweizer Katzenfelle,
ein natürliches Mittel von auffallend
guter Wirkung bei Gicht, Rheu-
matismus, Erkältungen aller
Art bei
Richard Kupper,
Markt 17,
Central-Dragerie.

Spurlos
verfügen alle Unreinlichkeiten der Haut
als: Mitesser, Finnen, Bittchen, Gesicht-
röte etc. durch tägliches Waschen mit
Stedenperfer-Dreizwefel-Seife
a Stk 50 Hf. bei: **Reinhold Rietze.**

Gamaschen
aus Segelleinen, Leder und Zuch empfohlen
billigst **Hildebrandt & Rulfes.**

Gesang-Bücher,
Größe Auswahl,
billigste Preise.
Kurt Karius,
Brühl 4,
Mitgl. d. Rab. Sp.-B.

Dr. Thompson's
Seifenpulver
Garantiert frei von
schädlichen Bestandteilen
das beste Waschmittel.
1/2 77 Paket 15 Pf.

MIGNON-
KAKAO p. Pfund
150, 160, 200 u. 240 Pf.
Atlanische Fabrikanten
David Söhne A.-G.
SCHOKOLADE p. Tafel
20, 30, 40, 50 u. 60 Pf.
Halle a. S.
Verkaufsstellen durch
Plakate kenntlich.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von E. Köhner in Merseburg.

Correspondent.

Bezugspreis: vierteljährlich 6. Böhmeisen u. d. Ausgabestellen 1.921, monatlich 35.38, p. M. 1.20 1917, bei Postung durch den Postboten 1.03 1917, durch andere Zusteller in der Stadt u. auf d. Lande 1.20 1917, monatlich 40 beginnend 30.31 Einmalnummer 6.50, nach außerhalb mit Postgebühren. — Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonntag, mit Ausnahme der Tage nach Sonntags- u. Feiertagen; in den unregelmäßigen Zeiten des Jahres werden. — Rücksende unserer Originalarbeiten nur mit vollständiger Adressangabe gestattet. — Für Rückgabe von Originalen keine Verantwortung.

Wöchentliche Gratisbeilagen: a. s. e. Illust. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage. e. s. e. landwirtsch. u. handelsbell. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Zeile oder deren Raum 1. Siecht u. Reich Merseburg 10.00, ansonst 12.00. Kleine Anzeigen 20.00. Mehrzeilige 30.00. Bei fortgesetztem Ges. entprechender Abmachung. Gewähr für Druckfehler nach Überentgelt. Für Anzeigen in der Provinz keine besondere Berechnung, nach Vereinbarung mit der Redaktion. Druckkosten: Merseburg. Bei Anzeigen in anderen Städten für die ersten 10 Zeilen 10.00, für die folgenden 10 Zeilen 8.00, für die folgenden 10 Zeilen 6.00.

Nr. 59.

Donnerstag den 11. März 1909.

35. Jahrg.

Die neuen Beschlüsse der verstärkten Budget-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses

werden, nach dem Ergebnis der Plenarverhandlungen am Dienstag zu schließen, die gesetzliche Sanktion erhalten. Es sollen bekanntlich unter Wegfall der geplanten Differenzierung der unversicherten Beamten sämtliche Beamten eine Erhöhung des Zuschusses um 33 1/2 % erhalten, alle deklassierten Orte in der bisherigen Diszasse verbleiben und die in der Regierungsvorlage herausgehobenen Diszassen auch diese Erhöhung behalten. Diese Regelung gilt aber nur provisorisch bis zum 1. April 1911.

Die dieser Regelung vorangegangenen Schwankungen in den Beschlüssen der Kommission kennzeichnen, so schreibt man uns aus Abgeordnetenkreisen, die Schwierigkeiten einer billigen und gerechten Lösung der Frage. Zunächst war der Versuch der Herbeiführung einer durchaus notwendigen Gleichmäßigkeit mit dem Reich zurzeit nicht ausführbar, während für Preußen die sofortige Verkürzung des Gehältes dringend ist. Dann ist nach der auf Grund der Prüfung der vorliegenden Materialien gewonnenen Überzeugung der Kommission eine endgültige Regelung unter Zugrundelegung des festgelegten Zimmereinheitspreises nicht ohne Verletzung der Interessen vieler Diszassen anbahnen. Die Auswahl der hiernach für ein Provisorium zu berücksichtigenden Orte vor bei den mannigfaltigen und zum Teil fortbestehenden Wünschen besondere Schwierigkeit, indem die berechtigten Forderungen von 477 kleinen, in der Vorlage herausgehobenen Orten nicht getätigt, die zum allergrößten Teil zu Unrecht erfolgte Deklassierung von Orten rückgängig gemacht und dazu die vielen Wünsche gänzlich befriedigender Orte auf Heraushebung gewidmet werden sollten. In enger Verbindung damit steht die Festsetzung des Tarifs, bei der eine wesentliche Überschreitung der ausgesetzten, nicht geringen Summe von 23 Millionen nicht eintreten dürfte. Dazu gestellte sich der Vorschlag der anderweitigen Behandlung der Jungesellen, der bei der Beratung eine entscheidende und nachhaltige Bekämpfung seitens der Freisinnigen, bei den anderen Parteien aber eine recht geteilte Beurteilung erfuhr.

Wenn man von anderen Bedenken, wie z. B. der Herabsetzung der Spannung zwischen den mittleren und den unteren Beamten im Tarif und zwischen den kleineren und größeren Orten bei der Diszasseneinteilung, absteht, so ergeben die angeordneten Schwierigkeiten schon die Notwendigkeit eines Kompromisses, ohne den durch zufällige Majoritäten willkürliche und vielleicht nicht gerechte Beschlüsse hätten herbeigeführt werden können. Wie gewöhnlich wird der Kompromissvorschlag nicht allseitig befriedigen. Insbesondere hat die Erhöhung des Tarifs um nur 33 1/2 % auch für die höheren und die mittleren Beamten sehr große Bedenken, nachdem die Regierung eine Erhöhung um 50 % in Vorschlag gebracht hatte. Die bei weitem größere Zahl dieser Beamten befinden sich in Orten, auf die die Diszassenveränderung keinen Einfluss ausübte. Auf deren Kosten erfolgt nunmehr die Rehabilitierung oder Heraushebung bei der Diszasseneinteilung, obwohl gerade die Mehrzahl der höheren Beamten und ein Teil der mittleren Beamten bei der Befolgsordnung gänzlich berücksichtigt und auf die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses verzichtet worden sind. Mit Rücksicht auf einige Härten des Kompromisses und behufs einer baldigen Wiederherstellung der Gleichmäßigkeit mit dem Reichsbeamten ist das Provisorium auf nur zwei Jahre in Aussicht genommen, wobei bestimmt darauf zu rechnen ist, daß eine anderweitige Regelung im Reich besonders im Tarif eine Änderung auch in Preußen zur Folge haben wird, möglicherweise sogar nach vor Ablauf des Provisoriums, selbst wenn damit ein erneuertes Kostenaufwand verknüpft sein sollte. Jedenfalls muß es erwünscht sein, daß jetzt der Kampf der Interessen beendet wird und eine Veräußerung innerhalb der Be-

amtenheit eintritt, die zugunsten einer sofortigen Lösung auf relativ kurze Zeit einige Wünsche zurückstellen mag.

Zum Fall Tremel.

Pfarrer Tremel in Volsbach ist wegen seines Verhaltens gegenüber der geistlichen Obrigkeit vom Amte suspendiert worden. Er hat vom erzbischöflichen Ordinariat in Bamberg folgendes Schreiben erhalten:

Nachdem Sie unserer Aufforderung vom 25. v. M. laut Ihrer Erklärung vom 2. März nicht nachkommen wollen und gleichzeitig Verhaftung zum Hochwürdigsten Ordinariat Würzburg und auf Grund der §§ 52 und 55 der 2. Verfassungsbeilage Annahme des landesfürstlichen Schutzes angefordert haben, sind Sie ipso facto der suspensio a divinis verfallen. Wir sehen uns darum zu unserem tiefen Bedauern (!) in die Notwendigkeit versetzt, für die Pfarrei Volsbach einen Bischof vorläufig quoad spiritualia auf Ihre Kosten anzustellen und zwar in der Person des Verwesers Herrn Klammann, der am Samstag in Volsbach eintreffen wird. Sie haben demselben freie Verpflanzung nebst in der Erzdiözese oberverpflichtetem Gehalt und ein Wochenhonorar von 7 Mark Pfuschmeise und ein Stipendium von 1.80 Mark zu gewähren. (gez.) Wagner, Dr. Rabner."

Die Seele des ganzen Treibens gegen Pfarrer Tremel soll nach dem „Frankfurter Kurier“ der päpstliche Nuntius Fröhner in München und der Domkapitular Dr. Köber in Bamberg sein. Der letztere vertritt die als staatlich angestellter Religionslehrer am Gymnasium in Bamberg in den achtziger und neunziger Jahren allen Gemüts die mittelalterliche Anwendung von Gewaltmaßregeln gegen Regier.

Bekanntlich beabsichtigt Pfarrer Tremel den landesfürstlichen Schutz anzunehmen. Auf eine Beschwerde an den Prinzregenten ist aber, wie die „Augsburger Postzeitung“ behauptet, die Strafe der ohne weiteres eintretenden Exkommunikation gesetzt. Hierzu bemerkt der „Frankfurter Kurier“: „Eine unerhörtere Verhöhnung der bayerischen Staatsverfassung, als sie hier das Zentrumsorgan begeht, läßt sich nicht denken! Die mehrfach zitierten Paragraphen der 2. Verfassungsbeilage gewährleisten ausdrücklich jedem bayerischen Staatsbürger das Recht, gegen Mißbrauch und Übergriff der geistlichen Gewalt den landesherlichen Schutz anzunehmen. . . . Reist nicht auch der katholische Geistliche den Eid auf die Verfassung? Soll jeder Winkel von Rom, jeder Wunsch eines römischen Nuntius hinreichend sein, um die auch von Geistlichen beschworene bayerische Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen? Ist diese Ausführung der „Augsb. Postzeitung“ nicht ein neuer Beweis dafür, daß Ultramontanismus und moderner Verfassungsstaat einfach unvereinbar, daß der Ultramontanismus tatsächlich eine latente Gefahr für den Staat ist, die vollständig vorhanden ist, vielfach bedingt wird, aber in föhlerhaften Fällen wie dem gegenwärtigen mit erschwerender Deutlichkeit zutage tritt?"

Zu den Balkanfragen.

In einem offiziellen Berliner Telegramm vom Montag wird die Lage als „immer noch kritisch“ bezeichnet. Sie wird es auch bleiben, bis die Serben zur Vernunft gekommen sind. Man hat sich in Belgrad noch nicht dazu verstehen wollen, klar und unambigüen die von Österreich-Ungarn geforderten Erklärungen abzugeben. Es verlautet, Rußland habe die serbische Regierung um erläuternde Aufklärungen über einige Stellen der serbischen Antwort ersucht. Die Veröffentlichung der Antwort werde erfolgen, sobald aus Petersburg die zweite und endgültige Zustimmung hierzu eingetroffen sei. Die Mitteilung, daß die österreichisch-ungarische Regierung beschlossen habe, den Handelsvertrag mit

Serbien nicht den Parlamenten zu unterbreiten, liegt in der serbischen Handelswelt einen ungünstigen Eindruck hervor, weil hierdurch der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen mit der benachbarten Monarchie neue große Hindernisse in den Weg gelegt werden. Was tut man aber serbischerseits, um „normale Handelsbeziehungen“ mit Österreich-Ungarn herzustellen? So gut wie nichts, und die serbische Handelswelt mag sich bei ihrer Regierung bedanken, wenn es mit der handelspolitischen Annäherung nicht vom Fleck kommen will.

Der serbische Minister des Auswärtigen, Milanowitsch, erklärte am Montag in einer Unterredung mit dem Belgrader Vertreter der „Zeit. Ztg.“, der Frieden sei zurzeit keinesfalls bedroht. Was die serbische Antwort betreffe, so habe die serbische Regierung die russischen Vorstellungen entgegenkommend aufgenommen und sich verbürgt, die Aktion der Mächte in keiner Weise zu hindern, sowie jeden Anlaß zu Konflikten sorgsam vermeiden zu wollen. Die Bereitwilligkeit, sich dem Spruche Europas ohne Vorbehalt fügen zu wollen, sei der serbischen Regierung unwillig schwer gefallen, als sie schon zur Zeit der Aufzählung der bosnisch-herzegowinischen Frage diese keinesfalls als eine Streitfrage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, sondern als eine eminent europäische Frage aufgefaßt habe. Demnach habe Serbien auch gegenüber der Nachbarmonarchie ununterbrochen forenne Beziehungen aufrecht erhalten und wünsche, sie auch in Zukunft dadurch aufrecht zu erhalten, daß es seine internationalen Pflichten erfülle. An dem Tage, wo die Mächte entscheiden, daß sie die bosnisch-herzegowinische Frage als gelöst betrachten, werde auch Serbien diese Frage als diplomatisch abgeschlossen und diese Entscheidung als eine neue internationale Grundtatsache betrachten, welche die Bestimmungen des Berliner Vertrages ergänze.

Mit der Durchführung von Waffen und Munition für Serbien durch die Türkei scheint es tatsächlich aus zu sein. Nach der „Zeit. Ztg.“ erklärte der Großvezir dem serbischen Gesandten, daß die Türkei durch die Erlaubnis der Waffenüberführung bisher großes Entgegenkommen gezeigt habe, zukünftig darin aber nicht fortzureden könne. Es wird angenommen, daß die neue Durchführung nur noch aus-



dem Ratuministerium zu überweisen, einen anderen, die Innenzölle für den Warenverkehr abzuschaffen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Gegen den Prager Tschechenpöbel scheint man jetzt doch etwas schärfer